



Prioritäten der Schweiz für die 69. Tagung der UNO-Generalversammlung

Für die 69. UNO-Generalversammlung hat die Schweiz folgende Prioritäten festgelegt:

Nachhaltige Entwicklung

Die Schweiz setzt sich für eine umfassende, globale Agenda für nachhaltige Entwicklung mit universell anwendbaren Zielen ein. Diese sollen Nachhaltige Entwicklung und die Beseitigung extremer Armut bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Belastungsgrenzen der Erde, der Förderung von Frieden und inklusiven Gesellschaften sowie der Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen ermöglichen. Inhaltlich engagiert sich die Schweiz insbesondere für eigenständige Ziele in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung sowie nachhaltiger Frieden und inklusive Gesellschaften. Weiter sollen bei der Festlegung der Agenda die Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion, die Katastrophenvorsorge sowie migrationsrelevante Aspekte berücksichtigt werden.

Bei der Ausgestaltung der neuen Zielagenda setzt sich die Schweiz für die konsequente und ausgewogene Integration der drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaft, Soziales, Umwelt) ein. Die Ziele sollen bestehende Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Themenbereichen berücksichtigen. Gleichzeitig sollen Zielkonflikte vermieden werden.

Für die Umsetzung der globalen Ziele wird die engere Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher Akteure wichtig sein. Die Schweiz tritt dafür ein, dass neben der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit, welche insbesondere für die ärmsten Länder wichtig bleibt, zusätzliche Finanzierungsressourcen und -kanäle zur Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Umsetzung des neuen Zielrahmens miteinbezogen werden. Zudem unterstützt die Schweiz die Schaffung eines internationalen Umfelds, das die Umsetzung der Ziele begünstigt.

Die Schweiz setzt sich auch für die Schaffung eines starken Rahmenwerks für Monitoring und Rechenschaftspflicht ein. Deshalb engagiert sie sich besonders für die Einführung eines universellen Mechanismus für regelmässige Überprüfung, Rechenschaftslegung und Berichterstattung über die Zielerreichung im Rahmen des neuen Hocharangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung («High-level Political Forum on Sustainable Development HLPF»).

Frieden und Sicherheit

Die Überprüfung der Kommission für Friedenskonsolidierung wird die zukünftige Unterstützung der UNO für Staaten in post-Konflikt Situationen prägen. Die Schweiz wird sich aktiv an dieser Überprüfung beteiligen, ihre Erfahrungen mit der Leitung der Länderkonfiguration Burundi einbringen und so auf eine weitere Stärkung der Kapazitäten der UNO in post-Konflikt Situationen hinwirken.

Die Schweiz setzt sich für eine bessere Zusammenarbeit zwischen der UNO und den Regionalorganisationen, namentlich der OSZE, bei der Konfliktprävention und Mediation ein. Sie unterstützt den Ausbau der Menschenrechtskapazitäten der UNO und die Umsetzung der Rights Up Front Initiative des UNO-Generalsekretärs zur Stärkung dieser Kapazitäten in Krisensituationen.

Die Schweiz setzt ihre Bemühungen für eine ausgewogene Umsetzung der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sowie für eine Stärkung des Überprüfungsmechanismus der Strategie fort.

In der nuklearen Abrüstung beteiligt sich die Schweiz an der humanitären Dimension und setzt sich für die Reduktion der operationellen Bereitschaft von Nuklearwaffen ein. Im Bereich der konventionellen Waffen engagiert sich die Schweiz für ein rasches Inkrafttreten des Vertrags über den Waffenhandel und für dessen Umsetzung. Auch die Revitalisierung der Abrüstungsinstitutionen bleibt für die Schweiz ein wichtiges Thema.

Menschenrechte

Ein besonderes Augenmerk gilt der Stärkung der Verantwortlichkeit bei schweren Menschenrechtsverletzungen und der Strafverfolgung auf nationaler und internationaler Ebene, insbesondere in Syrien. Ein weiteres Kernanliegen der Schweiz ist die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen.

Weiterhin prioritär verfolgt werden die Abschaffung der Todesstrafe, der Kampf gegen Rassismus, das Verbot und die Prävention von Folter, der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen, der Schutz der Privatsphäre im Internet und der Schutz der Menschenrechte im Rahmen politischer Transition. Im Bereich der Kinderrechte setzt sich die Schweiz insbesondere für den Kampf gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten durch bewaffnete Gruppen ein.

Im institutionellen Bereich sind die Stärkung des Hochkommissariats für Menschenrechte und des Menschenrechtsrats in Genf ein zentrales Anliegen. Die Schweiz macht sich für die angemessene Finanzierung der UNO-Menschenrechtsaktivitäten stark. Für die Schweiz ist es von grossem Interesse, dass die kürzlich beschlossenen Massnahmen zur Stärkung der UNO-Vertragsorgane, welche die Anwendung der UNO-Menschenrechtsübereinkommen überwachen, effizient umgesetzt werden.

Humanitäres

Die Schweiz setzt sich für eine Stärkung des humanitären Systems ein, um eine effizientere Nothilfe sicherzustellen und die betroffenen Staaten besser einzubinden. Wichtige Anliegen sind die Stärkung des Schutzes der Zivilbevölkerung und ein besserer Zugang zu den Opfern. Die Schweiz bemüht sich, das internationale Engagement für die Reduktion von Naturkatastrophen zu stärken und strebt eine enge Verknüpfung dieser Thematik mit der Post-2015 Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung an. Sie engagiert sich zudem im Vorbereitungsprozess des humanitären Weltgipfels (World Humanitarian Summit), der 2016 stattfindet.

Budget und Reformen

Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die UNO ihre Ressourcen möglichst effizient verwendet und ihre Mandate wirksam umsetzt. Sie macht sich für Reformen zur Modernisierung der UNO-Verwaltung stark und setzt einen Schwerpunkt in der Verbesserung des Budgetprozesses der UNO. Die Ziele sind ein vermehrt ergebnisorientiertes Management, die Stärkung der internen Kontrollmechanismen sowie Effizienzsteigerungen durch breitere Nutzung zeitgemässer Informationstechnologien und Managementinstrumente.

Auch die Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats sollen einer Reform unterzogen werden, mit dem Ziel, grössere Legitimität, Wirksamkeit und Effizienz zu erreichen.

Internationales Genf

Ein prioritäres Anliegen für die Schweiz ist die Stärkung des Standorts Schweiz als Gaststaat. Sie macht sich für die Annahme eines weiteren Kredits für detaillierte Planungsarbeiten der Renovation des Palais des Nations in Genf durch die UNO- Generalversammlung stark und setzt sich für die Stärkung ihrer Rolle als Zentrum der globalen Gouvernanz ein, unter anderem indem die in Genf bestehende, umfassende Expertise noch besser in die UNO-Generalversammlung einfließt.